

Dienstag, 22. Juli 2025

# Vor der Wahl rasch die Partei wechseln?

In Baselland wechselt ein Grüner zur FDP, um Regierungsrat zu werden. Was Politiker zum Parteiwechsel treibt – und was der bringt.

Léonie Hagen

Ein Grüner will für die FDP in den Regierungsrat ziehen: Das klingt erst einmal etwas absurd. Doch genau das will Klaus Kirchmayr im Kanton Baselland versuchen. Dort tritt die freisinnige Bildungsdirektorin Monica Gschwind zurück, im Oktober kommt es zur Ersatzwahl. Kandidaturen aus der FDP haben entsprechend gute Chancen.

Klaus Kirchmayr, 61 Jahre alt, gilt als Urgestein und Parteistrategie der Baselpolier Grünen. Der ehemalige Investmentbanker sass 15 Jahre lang für die Grünen im Landrat, dem Baselpolier Kantonsparlament, und diente als Vizepräsident, bis er sich Ende 2024 still aus der Partei zurückzog. Dann wechselte er kurzzeitig zu den Grünliberalen.

Im Frühsommer gab Kirchmayr öffentlich bekannt, dass er der FDP beitreten und für den Regierungsrat kandidieren wolle. Er habe bereits lange Vorgespräche mit dem kantonalen Vorstand geführt und sei überzeugt, für freisinnige Werte einstehen zu können. Anfang Juli gewährte ihm die Aeschler FDP-Sektion die Aufnahme – wenn auch nach hitziger Diskussion.

## «Die Parteilandschaft ist dynamischer geworden»

Damit ist Kirchmayr keineswegs allein. Gerade auf kantonaler Ebene gebe es jedes Jahr Partei-



Schon gewählt: Matthias Jauslin wechselte von der FDP zur GLP.  
Bild: Mathias Förster



Chantal Galladé (GLP) politisierte bis 2019 am rechten Rand der SP.  
Bild: Alexandra Wey/Keystone



Mario Fehr (ehem. SP/ZH) blieb als Parteilooser erfolgreich.  
Bild: Alex Spichale



Will nach 15 Jahren als Grüner nun zur FDP: Klaus Kirchmayr.  
Bild: Kenneth Nars

wechsel, sagt der Politikwissenschaftler Hans-Peter Schaub von *Année Politique Suisse*. Heute geschehe das öfter als noch vor 30 oder 40 Jahren, weil die politische Landschaft dynamischer geworden sei.

Die SVP hat sich nach rechts verschoben, Grüne und SP haben ihre Positionen ebenfalls geschärft. Der Aufschwung der GLP habe das Angebot der politischen Mitte erweitert, sagt Schaub: «Dadurch kommt ein Wechsel für jene, die schon am Rand ihrer Partei politisieren, eher infrage.»

Viele Wechsel einfacher Parteimitglieder erhalten keine öffentliche Aufmerksamkeit. Zudem geben sie vor allem, wenn die Wechselnden schon gewählt

sind. In Gemeinde- und Kantonsparlamenten kann der Wechsel einer Person grossen Einfluss auf die Mehrheiten haben. So etwa im Fall Isabel Garcias: Die Zürcher Kantonsrätin wurde 2023 für die GLP wiedergewählt. Nur zehn Tage darauf wechselte sie zum Freisinn. Und kippte damit die knappe Mehrheit von SP, Grünen und GLP im Kantonsparlament zugunsten der Bürgerlichen. Der Parteiwechsel hatte denn auch ein juristisches Nachspiel – bis hin zum Bundesgericht. Dieses befand, dass zumindest überprüft werden müsse, inwiefern Garcia den Wechsel schon vor ihrer Wiederwahl geplant hatte.

Garcia begründete ihren Entschluss damit, dass die Wahl sie

erst zu einer eingehenden Prüfung ihrer eigenen Ansichten bewegen habe. Solche Meinungsänderungen könne es immer geben, sagt Schaub. Aber: «Der Zeitpunkt so kurz nach der Wahl löste bei vielen den Verdacht aus, dass Garcia die GLP-Wählerschaft quasi getäuscht habe.»

## Wer wechselt, tut das meist aus Überzeugung

Generell entstehe für die Wählerschaft bei Parteiwechseln Unsicherheit, wofür die betreffende Person tatsächlich stehe, wo sie politisch zu verorten sei. Den Wiederwahlchancen sei dies vor allem bei Proporzwahlen eher nicht zuträglich, so Schaub. Wer die Partei wechselt, lasse damit auch sein parteiinternes Netz-

werk hinter sich – ohne zu wissen, ob und wie sich dieses in der neuen Partei wieder aufbauen lässt.

«Für die meisten ist es daher keine Karrierefrage, sondern eine Frage der Überzeugung», glaubt Schaub. Der Aargauer Nationalrat Matthias Jauslin etwa wechselte von der FDP zur GLP, nachdem sich über zehn Jahre hinweg abgezeichnet hatte, dass ihm erstere zu wenig konsequent grün war. Oft kommen auch zwischenmenschliche Gründe dazu.

So führte der Zürcher Regierungsrat Mario Fehr verschiedene Anfeindungen und Konflikte ins Feld, um seinen Austritt aus der SP zu rechtfertigen. Und manchmal schwingt auch etwas Opportunismus mit – etwa bei

der Zürcherin Chantal Galladé, die erst nach ihrer Wahl zur Winterthurer Schulpräsidentin von der SP zur GLP wechselte.

## Eine Frage des Zeitpunkts – und des Standings

Bei Majorzwahlen, wie jetzt im Falle Kirchmayrs, könne diese Rechnung eher aufgehen, sagt Schaub, weil ein überparteiliches Image hier vorteilhaft sei. Dafür müsse der Kandidat aber schon als moderater Politiker bekannt sein.

Im Fall von Klaus Kirchmayr ist das nur zum Teil gegeben. In seinen 15 Jahren als Landrat hat er zwar in finanz- und wirtschaftspolitischen Themen immer wieder mit den Bürgerlichen gestimmt. Doch in der Energie- und Verkehrspolitik gilt er als Grüner durch und durch. Er plädierte unter anderem für einen Klimaschutz-Artikel in der Baselpolier Verfassung – den die Bürgerlichen im April abgelehnt haben.

Damit könne in der FDP-Basis die Sorge bestehen, der neue Kandidat sei eine Art «trojanisches Pferd»: Einer, der sich nun liberal gebe, dann aber doch wieder grün politisiere. Diese Überzeugungsarbeit steht Kirchmayr bis zur Nomination im August noch bevor. Gelingt sie ihm nicht, dürfte ihm der Parteiwechsel wenig gebracht haben – und sich damit in die lange Reihe jener Wechsel fügen, um die es schnell wieder ruhig wird.

## Staatsanwaltschaft fordert happige Geldstrafe für Ameti

Die Schüsse auf das Jesusbild könnten teuer werden.

Die Zürcher Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen Sanija Ameti, Co-Präsidentin der Operation Libero und Zürcher Gemeinderätin, erhoben. Wegen Verstoßes gegen den Blasphemie-Artikel fordert die Strafverfolgungsbehörde eine bedingte Geldstrafe von 10'000 Franken, wie «Blick» und «20 Minuten» berichten. Zudem soll sie eine Busse von 2500 Franken und 1500 Franken Verfahrenskosten zahlen.

Juristin Ameti hatte vergangenen Herbst auf Instagram ein Foto gepostet, das zeigt, wie sie mit einer Sportpistole ein Bild von Maria mit Jesuskind durchlöchert. Aufgrund des Shitstorms, der daraufhin über sie hereinbrach, habe sie sich eine Zeit lang nicht getraut, das Haus zu verlassen, sagte sie später der «Schweiz am Wochenende». Sie entschuldigte sich für die Aktion und trat nach Druck der Parteilitze aus der GLP aus.

Mehrere Personen hatten Strafanzeige gegen Ameti eingereicht, darunter Niels Fiechter, Präsident der Jungen SVP, und Nicolas Rimoldi von der Bewegung Mass-Voll.

Sanija Ameti habe rund 20-mal auf das Marienbild geschossen, «wobei sie auf die Köpfe der malerisch dargestellten heiligen Jungfrau Maria und des Jesuskindes zielte und während-



Sanija Ameti muss sich bald vor Gericht verantworten.  
Bild: Sandra Ardizzone

dessen mit ihrem Mobiltelefon mindestens einmal von einer Drittperson fotografiert wurde», zitieren die Medien aus der Anklageschrift. Damit habe sie «öffentlich und in gemeiner Weise die Überzeugung anderer in Glaubenssachen, insbesondere den Glauben an Gott, beschimpft oder verspottet». Es handle sich um eine «unnötig herabsetzende und verletzende Missachtung und ein Lächerlichmachen» des Glaubens von Christinnen und Christen, schreibt die Staatsanwaltschaft weiter. Ameti habe potenziell den Religionsfrieden gefährdet.

Ob dies das Gericht auch so sieht? Wann der Prozess gegen die Zürcher Politikerin stattfindet, steht noch nicht fest. (lha)

## Balkan-Mafia: Dicke Fische im Netz

Albanische Sonderermittler nehmen Hinterleute des Luzerner Balkan-Clans fest.

Henry Habegger

Es laufe ganz simpel, hatte der Drogengeldkurier seine Besuche im Luzerner Reisebüro geschildert: «Man geht dorthin, man kennt sich natürlich, man gibt das Geld ab; das, was ich Herrn A. geschuldet habe. Dann schrieb ich ihm oder rief ihn an, dass das Geld abgegeben war, und fertig», sagte er in einer Befragung durch die Schweizer Bundesanwaltschaft.

Vielleicht war es auch zu simpel. Im letzten September verhaftete die Bundesanwaltschaft nach monatelangen Observierungen und Ermittlungen den Geldkurier zusammen mit fünf weiteren mutmasslichen Clan-Mitgliedern – unter ihnen den Schweiz-Chef der Bande. Sie hatte über das Luzerner Reisebüro, das Ableger in Basel und im Kosovo hat, seit Jahren mutmasslich Drogengeld in Millionenhöhe gewaschen.

## Zwei Führungsfiguren in Albanien verhaftet

In Abstimmung mit der Bundesanwaltschaft schlug jetzt auch die albanische Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption und organisierte Kriminalität (SPAK) zu. Sie liess, offenbar übers Wochenende, zwei Führungsfiguren der Balkan-Bande in Albanien verhaften. Nicht

verhaften musste sie den dritten mutmasslichen Balkan-Mafioso, den sie im Visier hat: den erwähnten Schweiz-Chef der Bande, denn der sitzt ja bereits in der Schweiz in Haft.

Mitte Juli hatte das zuständige albanische Sondergericht auf Antrag der Ermittler Sicherheitshaft für das Trio angeordnet, teilte die albanische Sonderstaatsanwaltschaft am Sonntag mit. Der Bande werde Drogenhandel, Geldwäsche, Zugehörigkeit zu einer organisierten kriminellen Gruppe vorgeworfen.

Die albanischen Ermittler nennen die drei Beschuldigten nicht mit Namen, aber mit Initialen. Der in der Schweiz Inhaftierte wird als EF bezeichnet, die anderen als BF und PK. Albanische Medien publizierten gestern die Klarnamen. Laut dem Investigativ-Portal Prapaskena ist EF der Sohn eines bekannten Geschäftsmanns in Tirana. Kopf dieser Mafia sei der Vater. Die Organisation habe «familiären Charakter». Der Sohn EF sei «bekanntermassen ein Komplize des Kokainbosses» PK. Demnach sässe effektiv der Junior-Boss in der Schweiz in Haft.

## Hawala-Geldtransfer von Luzern nach Albanien

Laut der albanischen Sonderstaatsanwaltschaft haben die Er-

mittlungen die Beweise dafür erbracht, «dass EF, BF und PK in Zusammenarbeit untereinander sowie mit mehreren anderen in Luzern wohnhaften Personen in Form einer strukturierten kriminellen Gruppe ein informelles Geldtransfersystem organisiert und betrieben» hätten.

«Über dieses System haben sie beträchtliche Geldbeträge aus dem Drogenhandel und -schmuggel in der Schweiz und anderen Ländern von der Schweiz nach Albanien transferiert und transportiert», schreiben die albanischen Ermittler weiter. Das schmutzige Geld sei mittels Hawala-Banking von der Schweiz in den Balkan geschleust worden.

Laut den albanischen Ermittlern verlangte die Bande sechs Prozent Provision für den Geldtransfer. Der Gewinn sei «zu gleichen Teilen zwischen Boss EF und den Komplizen in der Schweiz aufgeteilt» worden. Verdient habe das Trio der Beschuldigten Albaner auch durch Betäubungsmittelhandel in mehreren Kantonen. Für den Vertrieb von kleineren Mengen habe es Drogenläufer eingesetzt.

«Dieses informelle Geldtransfersystem» habe es den Beschuldigten sowie weiteren «in kriminelle Aktivitäten verwickelten Personen über einen

Zeitraum von mehreren Jahren, mindestens ab 2020» ermöglicht, auf schnelle Weise Geldbeträge aus der Schweiz nach Albanien zu überweisen.

Die albanischen Sonderermittler beschreiben den Ablauf dieser Geldwäsche.

**Schritt 1:** Die Versender hätten das kriminelle Geld in der Schweiz an ihre Komplizen übergeben und den Empfänger in Tirana genannt.

**Schritt 2:** Die Komplizen in Luzern hätten ihre Mittäter in Tirana über den eingezahlten Betrag und den Empfänger informiert. Gleichzeitig sei auch EF, der der «Anführer dieser kriminellen Gruppe» sei, informiert worden.

**Schritt 3:** EF habe in Zusammenarbeit mit den anderen Beschuldigten BF und PK den eingezahlten Betrag in Tirana an die Empfänger übergeben.

Die albanischen Ermittler halten fest, dass dieses «Geldtransfersystem von Dutzenden Personen genutzt wurde», dass «in Hunderten Fällen Geldbeträge in der Schweiz eingezahlt wurden», dass es um mehrere Millionen Euro geht. Die Geldwäsche sei über «Wechselstuben, Geldtransferbüros und Reisebüros» gelaufen. Es gilt die Unschuldsvermutung.